

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 6185
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
tollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. Postzeitungslite Nr. 3167

Redaktionschluß: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Wie die Münchener Stadtverwaltung Arbeiterfürsorge treibt. — Unsere Mitigation im finstern Osten. — Verwaltungsbericht der Ätiatele Groß-Berlin vom 3. Quartal 1906. — Drei Anträge auf Bewährung von Fenerungszulagen. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Mundschau. — Briefkasten. — Anzeigen.

Wie die Münchener Stadtverwaltung Arbeiterfürsorge treibt.

In der Gegend von Taltham in Oberbayern liegen im Mangfalltal die Quellengebiete der Münchener Wasserleitung. In Nr. 41 d. Abg. der „Gewerkschaft“ haben wir die Wasserversorgung Münchens näher erläutert. Bis zum 20. Oktober d. Jo. waren bei diesen verhältnismäßig recht schwierigen Arbeiten 131 Mann beschäftigt. An jenem Tage wurden aber 57 Arbeiter ohne vorherige Auffündigung entlassen. Von vornherein war beabsichtigt, 68 Mann außer Arbeit zu stellen, in letzter Stunde ist die Zahl jedoch auf 57 reduziert worden. Bei der Entlassung selbst konnte ein irgendwie stichhaltiger Grund für diese Maßnahme nicht angegeben werden. Alle Begleitumstände sprechen allerdings dafür, daß ein Schlag gegen die Organisation des Gemeindefürsorgeverbandes geführt werden sollte. Wunderbar ist bei der Sache, daß von den 57 Entlassenen 49 Mann gleich 84 Proz., von den 71 noch Beschäftigten aber nur 39 Mann, gleich 54 Proz., organisiert sind. Bei der Entlassung der 8 Unorganisierten handelt es sich vielleicht um Fehlgriffe der Bauverwaltung. Aus den in Frage kommenden drei Arbeiterkategorien, Schaulern, Tiefgrabern und Einshälern, wurden aufs Pflaster gesetzt 51 Schauler (inkl. 13 Affordschaufler), zwei Tiefgraber und ein Einshaler. Ganz „zufällig“ natürlich hat die Auswahl unter den Tiefgrabern den Vorsitzenden und Staffierer und bei dem einen Einshaler den Schriftführer der Zahlstelle des Verbandes betroffen. Jedenfalls ist es auch bloß Zufall, daß sich der gesamte Arbeiter Ausschuß unter den Entlassenen befindet. Von den 49 Organisierten sind 26 ledig und 23 verheiratet, letztere haben für 68 Kinder zu sorgen.

Diese Maßregel der Bauverwaltung hat jedoch die schon vorhandene Erregung unter den dortigen Arbeitern — hervorgerufen durch Mißstände in der Mantine und vollständig unberechtigte Personkontrolle in den Wohnhäusern der Arbeiter durch einen Beamten der Verwaltung — noch mehr gesteigert. Ist doch Arbeit in Mülle und Mühe vorhanden. Die so Hinausgeworfenen wohnen auch alle mit ihren Familien im Quellengebiet. Angesichts des herannahenden Winters wird es ihnen doppelt schwer fallen, in andere Gemeinden zu verzichen. Während sonst in allen Städten, auch in München, in solchen Zeiten sogenannte Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, hat hier die Bauverwaltung 57 Mann auf die Straße gesetzt.

Die Kollegen in Taltham beschäftigten sich deshalb in einer am Sonntag, den 21. Oktober, abgehaltenen Versammlung mit dieser Angelegenheit und beauftragten den Gauleiter Sebald, gegen dieses Vorgehen der Betriebsleitung Beschwerde zu erheben. In der Magistrats-sitzung vom 21. Oktober interpellierte die sozialdemokratische Fraktion wegen dieses Vorkommnisses. Der Magistrat beschloß eine sofortige gründliche Untersuchung der Angelegenheit und schnelle Feststellung des Sachverhaltes. Die Magistrats-sitzung vom 30. Oktober brachte freilich keine Milderung der Sachlage. Man versuchte die Maßregelung als regelrechte Entlassungen zu steuern, bei denen nur hinsichtlich der Reihenfolge der Entlassung des Personals eine Nachlässigkeit der in Frage kommenden Beamten vorliege. Im übrigen berief man sich darauf, daß es technisch unmöglich sei, den Bau weiter fortzusetzen. Diese Ansicht wurde in einer späteren Sitzung noch durch ein technisches Gutachten belegt. Für andere Behandlung aber, daß man es hier nicht mit gewöhnlichen Entlassungen, wegen Arbeitsmangel, sondern mit Maßregelungen zu tun habe sprechen ferner noch die von einem Ingenieur in seinem Notzettel gemachten Aufzeichnungen. (Selbiges war nämlich von ihm verloren und von einem Arbeiterfunde gefunden worden.) Darin ist nämlich gesagt, daß 3 Mann, die Mülleleitung, nie wieder eingestellt werden dürfen. 4 Kollegen hatten das Verbrechen begangen, beim Pontott der Mantine Kontrolle zu setzen — der Pontott war entstanden, durch Lieferung schlechter mit Würmern durchsetzter Waren — und deshalb sind die „Sunder“ angekreidet worden. Sonntags mündliche Auslassungen einzelner unterer Vorgesetzte des Mantinewärters lassen aber auch keinen Zweifel darüber, daß man hier den Arbeitern einmal den Druck von oben fühlen lassen wollte.

Nachdem die Verbandsleitung von all diesen Vorkommnissen Kenntnis erlangt hatte, konnte sie selbstverständlich diesen Winkeltügen gegenüber nicht mehr untätig bleiben. Die Talthamer Kollegen nahmen erneut Stellung zu dieser Angelegenheit. Man beschloß, in sehr gut besuchter Versammlung, am 3. November, eine Delegation zur Münchener Versammlung zu entsenden, dort den Sachverhalt klar zu legen und durch eine Deputation beim Bürgermeister vorstellig zu werden. Zum Zwecke der Orientierung über diese Verhältnisse hatte der Verbandsvorstand den Kollegen Mohs nach hier gelandt. Auch er mußte die Ueberzeugung gewinnen, daß hier Maßregelungen vorliegen.

Die am Sonntag, den 4. November, in München abgehaltene von rund 80 Personen besuchte Versammlung beschäftigte sich gleichfalls mit den sonderbaren Arbeiterentlassungen in Taltham. Kollege Sebald schilderte die Sachlage. Er erwähnte unter anderem auch, daß unter den Entlassenen ein 12 Jahr im Dienst gewesener Kollege war, der jedoch bald wieder eingestellt wurde. Sebald und Mohs sowohl wie die Diskussionsredner kritisierten scharf das Verhalten der Betriebsleitung. Der früher bei letzterer beschäftigt gewesene Arbeiter Auer brachte eine Reihe von Mißständen zur Sprache. Gemeindevollmächtiger Genosse Berg versprach, daß sich die Arbeitervertreter im Rathaus mit aller Energie der Entlassenen annehmen werden. Hierauf beschloß dann die Ver-

sammlung einstimmig nachfolgende Resolution an die Stadtverwaltung zu senden:

Die am 4. November abgehaltene Versammlung städtischer Arbeiter Münchens, ist der Meinung, daß bei den Entlassungen städtischer Arbeiter in Thalham, nicht nach der Anciennität, sondern nach freiem Ermessen der Betriebsleitung verfahren wurde. Nach dem vorliegenden Material und der Schilderung der Zustände in der Versammlung gewinnen die Versammelten die Überzeugung, daß man hier einen Ausschlag gegen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter geübt hat. Die Versammlung ersucht deshalb die Stadtverwaltung um Wiedereinstellung dieser Kollegen. Die Verbandsleitung, in Gemeinschaft mit einer von den Entlassenen gewählten Deputation, wird beauftragt, dies bezüglich bei der obersten Verwaltung vorstellig zu werden. Den Kollegen ist über den Ausgang dieser Aktion in geeigneter Weise Kenntnis zu geben.

Der weitere Verlauf der Dinge zeitigte dann die Behandlung der Arbeiterentlassungen in Thalham in der Magistrats-sitzung vom 6. November. Oberbürgermeister von Vorsicht referierte über das Ergebnis der angestellten Nachforschungen und verbreitete sich zunächst über den Grund der vorgenommenen Entlassungen. Wir lassen die Ausführungen der einzelnen Redner zu dieser Sache, nach einem Bericht der „Münchener Post“, im Auszug folgen:

Oberbürgermeister v. Vorsicht: Infolge des hohen Standes des Grundwassers mußte bei den Maltendockanlagen ein Teil der Arbeiter entlassen werden. Von der Paulsenleitung wird über Entschieden in Rede gestellt, daß durch die Entlassungen eine Ver-einträchtigung des Koalitionsrechtes beanstandet war; wenn unter den entlassenen 57 Arbeitern viele Organisierte waren, so kommt das daher, daß die städtischen Arbeiter im Lückengebiet bis zu 90 Proz. organisiert sind, also bei Entlassungen naturgemäß viele der Organisation angeschlossen müssen. In dieser Hinsicht kann also gegen die Paulsenleitung ein Vorwurf nicht erhoben werden. Dagegen haben die Erhebungen ergeben, daß bei den Entlassungen selbst ziemlich planlos vorgegangen wurde, daß man nicht das Dienstalter und die Familienverhältnisse berücksichtigte, sondern die Entlassung nach dem Alphabet vornahm. Das ist eine Maßnahme, die zu bedauern ist. Überzeugener Feve verwahrt sich dagegen, daß er bei der Entlassung es auf die Examination abgesehen habe und beruft sich darauf, daß seine Arbeiterfreundlichkeit stets Anerkennung gefunden habe. Diese Anerkennung scheint sich aber nicht auf alle Arbeiter zu erstrecken, denn in einer Versammlung der Gemeindefreier, die am Sonntag im „Moloseum“ stattfand, wurde Feve von dem Diskussionsredner Acher angeklagt der Vorwurf gemacht, daß er seine Privatinteressen auf Kosten der Stadt recht wohl zu fördern suche. Der Acher wird vor Gericht den Beweis für seine Behauptungen erbringen müssen. Feve hebt in seinem Bericht hervor, er habe gerade jetzt die Entlassungen vorgenommen, weil in der dortigen Gegend zurzeit Arbeitermangel herrscht, so daß die Entlassenen leicht anderswo unterkommen könnten. So bedauere, so fährt Oberbürgermeister v. Vorsicht fort, daß die Entlassung von Arbeitern in solchem Umfange vorgenommen werden mußte, und daß man auf das Dienstalter und die Familienverhältnisse nicht Rücksicht genommen hat. So viel scheint aber aus den Erhebungen hervorzugehen, daß eine Verletzung der Koalitionsfreiheit nicht beanstandet war. So hoch aber das Recht der Koalitionsfreiheit gehalten werden muß, muß doch andererseits der Gemeinde das Recht gewahrt bleiben, Entlassungen vorzunehmen, freilich nicht nach dem Alphabet. Bei der Wiedereinstellung — und es wäre zu wünschen, daß alle Entlassenen wieder Beschäftigung finden — müssen Dienstalter und Familienverhältnisse berücksichtigt werden, nicht nach der Zugehörigkeit zu einer Organisation. Indem nach der Lückigkeit des Arbeiters soll gefragt werden. Der dortige Mantimentswirt scheint allerdings Bemerkungen gemacht zu haben, als habe er Einfluß auf die Entlassung. Der Oberbürgermeister beantragt daher:

- 1. Wegen Acher soll wegen der erhobenen Beschuldigung gegen Überzeugener Feve Straf Antrag gestellt werden. 2. Es soll darauf gebedungen werden, daß bei Arbeiterentlassungen im allgemeinen nur solche Gründe, die in der Person oder der Arbeit liegen, maßgebend sind. Dienstalter, Lückigkeit und Familienverhältnisse müssen dabei berücksichtigt werden. 3. Wegen die erwähnten Bemerkungen des Mantimentswirts ist einzufordern:

Magistratsrat Schmidt bez.: Ich bin mit dem Antrage des Bürgermeisters nicht zufrieden; ich hätte gewünscht, daß von der Paulsenleitung verlangt wird, die Arbeiter wieder einzustellen. Die Paulsenleitung hat in ihren Berichten alles versucht, um die Entlassungen zu rechtfertigen. Die Leute aber, die dort viele Jahre im Betriebe stehen, meinen, es wäre wohl möglich, sie weiter zu beschäftigen. Wir verlangen ja auch vom Privatunternehmer, daß er um die Winterszeit mit Entlassungen haushaltet; ich mag.

Gerade bei diesem Betriebe Beschäftigte können nicht so leicht wo anders unterkommen. Nun wird gesagt, die Leute seien nach dem Alphabet entlassen worden. Das ist nicht wahr; als Überzeugener Feve gefragt wurde, wie er das gemacht habe, wußte er keine Antwort zu geben. Später hat man gesagt, die Arbeiter seien abteilungsweise entlassen worden, und wechsellagerweise trat dann bei Entlassung die Organisierten, während die größte Zahl der Nichtorganisierten im Betriebe blieb. Ich habe dem Bürgermeister ein Dokument übergeben, aus dem hervorgeht, daß es auf die Organisation abgesehen war. Ein Angenieur hätte sein Kontobuch verloren, in dem bei den Namen einzelner Arbeiter Bemerkungen standen, wie: ist organisiert, wird nicht mehr eingestellt; ist ein Arbeiter; hat vor der Maut die Kosten gestanden; kann event. wieder eingestellt werden, nicht organisiert. Der Mantimentswirt hat schon bei den Entlassungen gewußt, wer wandern muß, und genau, was der Mantimentswirt sagte, ist eingetreten. In den anderen nachfolgenden Betrieben werden die Arbeiter rechtzeitig aufgemerkt gemacht, wenn die Arbeit knapp wird; sie kommen sich dann um Arbeit umsehen. Im Lückengebiet hat man sie Maut und Fall entlassen, obwohl man anderen, die um Arbeit nachfragen, erklärt hat, kommt in 11 Tagen wieder, da gibt es Arbeit. Wir haben deshalb, als Magistrat, der Betriebsleitung den Tadel ausgesprochen, daß sie so mit den Arbeitern umspringen ist und wir haben ferner darauf zu achten, daß da, wo es möglich ist, weitergearbeitet wird und die Leute wieder eingestellt werden. Was den Fall Acher anlangt, so glaube ich, daß die Stadtgemeinde, ehe sie zum Maut macht, sich untersuchen soll, was an der Sache ist, damit sie nicht schließlich wieder einmal länger blüht.

Magistratsrat Keierabend hat als Verwaltungsrat die Erhebung gefordert. Er erklärt, daß die Entlassung der 57 Arbeiter eine Konzedierung gewesen sei. Bürgermeister V. er habe ihm gesagt, er habe nach dem Alphabet entlassen; das war aber nicht richtig. Er hat vielmehr die Kinder der arbeitsfähigen entlassen und nur einige Minderarbeitsfähige, die er zu besonderen Zwecken brauchte, zurückgehalten. Er habe Vorbehalt gemacht, daß er auch Leute, die schon lange Zeit im Betriebe waren und ihre Gesundheit eingebüßt haben, entlassen habe. Die Leute auf ihre bevorstehende Entlassung aufmerksam zu machen, hat bisher im Lückengebiet nicht üblich gewesen. Sie hätten eigentlich schon 11 Tage früher entlassen werden müssen, man habe aber im Interesse der Leute noch 11 Tage zugewartet. Der Mantimentswirt Zaleson hatte gar keinen Einfluß auf die Entlassungen. Überzeugener Feve habe einfach angeordnet, wo die Arbeit zu stehen habe und wer bestimmte dann, wer entlassen wird. Er verkehrt aber nicht mit dem Mantimentswirt, der ihm sogar feindselig gegen ist. Einzelne der Entlassenen untergraben die Autorität und deshalb muß ich mich gegen ihre Wiedereinstellung wenden.

Oberbürgermeister Schmidt hält es für wünschenswert, daß in Zukunft die Arbeiter rechtzeitig auf eine bevorstehende Entlassung aufmerksam gemacht werden. Was die Wiedereinstellung betrifft, so könnte das Grundwasser wohl auf mechanischem Wege entfernt und die Arbeiten fortgesetzt werden. Allein dadurch würden bedeutende Kosten verursacht, über deren Höhe er dem Magistrat Bericht erstatten werde.

Nach einigen Erklärungen der Magistratsräte Schmidt und Keierabend bemerkte Oberbürgermeister v. Vorsicht in seinem Schlusswort, daß noch nicht festgestellt sei, wie viel von den im Betriebe Verbliebenen organisiert seien, er sei sich auch noch nicht klar, ob bei der Entlassung nach Willkür vorgegangen sei. Auch die Sache mit dem Inhalt des verlorenen Kontobuches müsse erst noch geklärt werden. Die Anträge des Bürgermeisters wurden dann genehmigt; die Sozialdemokraten stimmten gegen die Strafverfolgung Achers.

Zu dieser Behandlung der Dinge gestatten wir uns vor allem zu sagen, daß man hier wohl wieder aus lauter Untersuchungen und Erwägungen nicht heraus kommen wird. Wir wollen jedoch darauf hinweisen, daß auch Laien mit ihrem guten Auge sehen können, wenn sie wollen. Und daß der Stand des Grundwassers zur Zeit ein recht niedriger ist, das wissen in jener Gegend fast alle Leute. Einzelne Arbeiter — und diese wissen in manchen Dingen oft ebensoviel Bescheid wie Vorzeigte — haben sogar, dem Stand im Sommer gegenüber, einen Fall von 50 bis 55 cm konstatiert. Dessen ungeachtet behauptet aber die Betriebsleitung immer noch, daß die Entlassungen notwendig wurden wegen zu hohem Grundwasserstand. Wir sind aber ferner noch der Meinung, daß eine ganze Reihe vom Wasserstand unabhängiger Arbeiten gemacht werden könnten. 1. B. Weitergraben der Mäule bis zum Grundwasser, Sandwerfen, Einfüllen beim Zerschneiden E. Anfertigung von Unterebenen u. dal. mehr. Außerdem hat sich ja auch schon Lentemangel herausgestellt. Werkmeister V. er hat unter anderem gesagt, daß er noch 20 Mann zum Schienenlegen brauche. Beim Stollenwaschen, zu welcher Arbeit stets 25 bis 30 Mann erforderlich sind, waren nur

Drei Anträge auf Gewährung von Teuerungszulagen.

Mitte September überreichten die städtischen Arbeiter Dresdens durch die Verbandsleitung den beiden städtischen Kollegien wohl bearbeitete Forderungen auf Verringerung ihres Arbeitsverhältnisses. Angesichts der auch den Behörden nicht unbekanntem hohen Lebensmittelpreise hofften sie, die Stadtverwaltung werde schleunigst dazu Stellung nehmen. Was jetzt ist das noch nicht geschehen. In Dresden ist jedoch die Fleischteuerung besonders fühlbar, dreimal muß jetzt so rare Mittel vertrieben werden, als ihn der Konsument verzehren kann. Das ist der Zegen der städtischen Verzehrungsabgaben. Indessen bemächtigt sich auch bürgerschaftlicher Art die gewisse Erregung. Das kam zum Ausdruck durch einen von einem antifeudalistischen Stadtverordneten gestellten Antrag, Schritte zur Verringerung der Fleischnot zu unternehmen. Das Stadtverordneten Kollegium beschäftigte sich mit dieser Frage und beschloß einstimmig im solchen Sachen eine Zerknirschung: „Ten hat zu er suchen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß von dieser baldigst Maßnahmen zur Verringerung der bestehenden Fleischnot beziehungsweise zur Verbesserung einer Herabminderung der bestehenden hohen Fleischpreise getroffen werden.“ Dieser Antrag war den sozialdemokratischen Stadtverordneten noch nicht weitgehend genug, sie beantragten deshalb noch, der Rat solle Mittel und Wege ausfindig machen, um nach dem Beispiel anderer Städte die munderbemittelten Einwohner mit möglichst billigen Lebensmitteln versehen zu können.

Der Stadtverordnete Genosse Kleijner betrieß in der Begründung dieses Antrages darauf, daß in Sachsen, speziell in Dresden, die Lebensmittel noch besonders verteuert werden müßten, und daß der Überbauern- oder Pöcker an der Spitze der Bewegung steht, welche von der Aufhebung der kommunalen Lebensmittelsteuerung nichts wissen will. Der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten wurde denn auch einstimmig angenommen. Dies beweist jedenfalls, daß weite Kreise des Bürgertums unter der Fleischnot und ihren Folgen zu leiden haben. Eines darf hierbei durchaus nicht übersehen werden: früher, als im Stadtverordneten Kollegium noch keine Sozialdemokraten saßen, wurden dergleichen Anträge fast lächelnd abgelehnt, jetzt aber sind die Antifemiten darauf bedacht, den Sozialdemokraten mit solchen Anträgen zuzugreifen. Sollten etwa die am 21. November bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eine solche Umwälzung haben?

Jedoch, so gut gemeint diese Maßnahmen auch sind, ihre Verwirklichung wird geraume Zeit auf sich warten lassen. Den Arbeitern ist damit aber nicht geholfen, hier ist schnelle Hilfe notwendig. Aus die große Zahl der städtischen Arbeiter wird die Arbeitszeit immer kürzer, leider damit auch des Einkommens. Denn nach der Allgemeinen Arbeiterordnung, deren Umänderung wir noch zu erleben hoffen, wird nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Der Verdienst war im Sommer auch nicht übermäßig hoch, für viele also heißt es, sich gewaltig einschränken.

All diese Umstände zwingen daher den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten: „In Anbetracht der zugetragenen erheblichen Teuerung der wichtigsten Konsumgüter und in Rücksicht darauf, daß von dieser Teuerung besonders die kleinen Einkommen hart betroffen werden, wird der Rat ersucht, schleunigst eine Vorlage an die Stadtverordneten zu bringen, nach der allen im Dienste der Stadt bediensteten Personen eine Teuerungszulage zu gewähren ist, soweit der Gehalt oder Lohn 2000 Mk. nicht übersteigt.“

Auch in bürgerschaftlichen Kreisen war man in dieser Beziehung nicht untätig geblieben und brachte durch den Stadtverordneten Sad (Pöcker) ebenfalls einen Antrag ein, nach welchem allen in städtischen Diensten stehenden Personen eine Teuerungszulage zu gewähren sei.

Als dritter im Bunde erschien der Antrag des Rates: Am 1. Oktober eine Reurteilung der Gehälter der Stadtbeamten in der Weise vorzunehmen, daß der Anfangsgehalt von 7500 Mark auf 9000 Mark und das Endgehalt von 11000 Mark auf 12000 Mark erhöht werde, und daß auf Grund dieser Reurteilung die Stadtbaurate Sasse und Mente in das Hochschicht, der Stadtbaurat Cielmow aber in die Stufe von 11000 Mark versetzt wird. (Der letzteren bedeutet das eine Zulage von 5000 Mk.)

Diese drei Anträge ergaben für unsere Stadtwörter eine heikle Situation. Hier eine Teuerungszulage an solche Personen, welche unter 2000 Mk. verdienen, und dort eine Zulage, welche fast zwei Jahresverdienste der modernen Beamten und vier Jahresverdienste der Hochbauarbeiter bedeuten.

Und was geschah? Die Teuerungszulagen für die Arbeiter wurden einem Ausschuß zur wohlwollenden Prüfung übergeben, die Gehaltsregelung der Baurate aber genehmigt. Die Sozialdemokraten stimmten selbstverständlich dagegen. Die so aufgebesserten Herren Räte haben sich denn auch bereit, dem Kollegium ihren „Anschreiben“ laut auszusprechen.

Die Arbeiter werden das bei den Stadtverordnetenwahlen erleben. — Hier zeigte sich so recht wieder die ganze sozialpolitische Meinung der Dresdener Stadtwörter. Die Herabwürdigung der Teuerungszulagen auf die Ausschüsse ist nichts weiter als eine Verschleppung der Sache. Denn nun können ja die Arbeiter warten,

ehe etwas Positives herauskommt, wenn überhaupt etwas daraus wird. Nach den Ausführungen des Oberantienten Urtsch zu schließen, ist nicht viel zu erhoffen. Dieser Herr meinte, man müsse das Allgemeinwohl berücksichtigen, nicht nur das der städtischen Arbeiter. Diese Worte nehmen sich von dieser Seite höchst sonderbar aus.

Die Leute, die ohne Bedenken Zehntausende für sportlichen, patriotischen und sonstigen Kram hinanschießen, die reden von Allgemeinwohl und tragen sich somit wo, wenn für städtische Arbeiter etwas verlangt wird. Nun, hoffentlich wird den Herrschaften bei guter Zeit gezeigt, wo Pöcker den Kopf steckt. Wie schon gesagt, finden am 21. November die Stadtverordnetenwahlen statt. Dies bietet sich für die städtischen Arbeiter, soweit sie im Besitz des Bürgerrechts sind, die beste Gelegenheit, ihn laut für die liebevolle Fürsorge der Herren um Urtsch abzugeben. Mein städtischer Arbeiter darf der Wahlurne fernbleiben. Für wen er seine Stimme abgibt, das dürfte wohl für keinen, der die Vorgänge im Kollegium verfolgt hat, zweifelhaft sein. Es sind immer die sozialdemokratischen Stadtverordneten gewesen, welche bei jeder Gelegenheit für die Interessen der städtischen Arbeiter eingetreten sind. Reichlich war ihre Zahl bisher noch klein, aber am 21. November gilt es, sie zu verdoppeln!

Städtische Arbeiter, tut Eucere Pflicht! Wir wollen bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, auch daran zu erinnern, daß in Dresden auch eine Organisation für die städtischen Arbeiter besteht, und dieser ist es zu verdanken, wenn diese und jene Verbesserung durchgeführt worden ist. Leider übersehen viele städtische Arbeiter dies nicht zu wissen, denn somit könnten sie der Organisation nicht noch fernstehen. Deshalb möchten wir an dieser Stelle auf diese Organisation, den Gemeindefabrikanten-Verband, hingewiesen haben. Pflicht jedes städtischen Arbeiters ist es, sich unserem Verbands anzuschließen, damit wir um so schneller unseren Wünschen Gehör verschaffen!

Aus den Stadtparlamenten.

Geislingen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen 20 Pf. pro Tag Zulage in Anbetracht der herrschenden Teuerung bewilligt.

Glauchau. In der am Dienstag abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde einem Antragsbeschlusse zugestimmt, wonach die Stundenlöhne der Laternenwärter und Rührer mit Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise um eine Mark für die Woche aufgebessert werden sollen.

Sagan. Am 1. November wurde in der Stadtverordnetenversammlung der Antrag unserer Kollegen auf Gewährung einer Teuerungszulage sowie Lohnzulage verhandelt. Wir entschlossen uns den „Kranke. Volkst.“ darüber folgendes: Stadtv. Solm hatte beantragt, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst eine Vorlage zu machen, nach welcher 1. nach in diesem Jahre den verheirateten Beamten mit einem Gehalte bis zu 2000 Mk. eine außerordentliche Erhöhung bis zu 100 Mk. gewährt wird und 2. eine Gehaltserhöhung durchgeführt werde. Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Maßnahmen auf alle Personen, welche im Dienste der Stadt stehen und deren Arbeitsverdienst sich in den in dem Antrage Solm angeführten Grenzen bewegt, also auch auf die Arbeiter, erstreckt werde. Wie im Finanzanschuß, waren auch im Plenum alle Redner darüber einig, daß eine Gehaltserhöhung planmäßig durchgeführt werden soll, daß aber diese Sache nur in einer besonderen Kommission erledigt werden könne. Ebenso waren die Herren darüber einig, daß die Vollerhöhung mit rückwirkender Kraft durchgeführt werden soll. Folgendes war im Finanzanschuß über den erste Teil des Antrages Solm, Verbilligung einer anderen, ähnlichen Aufstellung, abgelehnt worden. Die Sozialdemokraten hatten nun den folgenden Antrag gestellt: „Den verheirateten Beamten und Arbeitern mit einem Gehalt bis zu 2000 Mk. pro Jahr wird ein Zuschuß von 120 Mk. und den unverheirateten mit einem Gehalt bis zu 1500 Mk. ein Zuschuß von 40 Mk. sofort ausbezahlt. Den verheirateten Beamten und Arbeitern und diejenigen ledigen gleichgestellt, welche für Angehörige zu sorgen haben. Dieser Zuschuß wird von dem Betrage der Vollerhöhung für die Zeit der eintreffenden Erstattung der Vollerhöhung in Abzug gebracht.“ Stadtverordneter Dr. Wente erhob zunächst Einspruch gegen die Beratung des letzten Antrages. Der Antrag habe eine solche immorale Tragweite, daß er erst in dem Finanzanschuß beraten werden müsse. (Der Überbürgermeister erllaut sich durch einen Zuruf bereit, sofort Auskunft über die finanzielle Tragweite des Antrages der Sozialdemokraten zu geben.) Außerdem müßten sich über den Antrag zunächst seine Freunde verhandeln. Als später Stadtv. Solm seinen ersten Antrag auf Gewährung der Lohnzulage einbrachte, erhob hiergegen Herr Dr. Wente keinen Einspruch. Stadtv. Solm protestierte nun gegen die Vorlage des Rates. Dr. Wente gegen den Antrag der Sozialdemokraten und gegen den des Herrn Solm. Beide Anträge bewachen sich auf derselben Linie. Wenn trotzdem Herr Dr. Wente gegen den Antrag Einspruch erheben, den anderen Antrag aber nicht beantragt hat, so sei dies kein sachliches

Vorgehen mehr, sondern nur geeignet, die Sache zu verschleppen. Der Vorsitzende gibt zwar Herrn Koch in der Sache Recht und schlägt demgemäß vor, daß auch der sozialdemokratische Antrag besprochen wird, weist aber den Vorwurf der Unfachlichkeit und der Verschleppung gegen Stadtv. Dr. Wente zurück. Der Ueberbürgermeister erklärt, daß der Magistrat sich für die Anträge des Herrn Holm und der Sozialdemokraten erklärt, die einmalige Unterbringung aber nicht so hoch, sondern nur auf 7, der Sage des sozialdemokratischen Antrags festgesetzt habe. Er weist auf die Notwendigkeit hin, den unteren Beamten und den Arbeitern jetzt sofort einen Zuschuß zu gewähren, damit sie die notwendigen Einkaufs- für den Winter machen können. Stadtv. Holm spricht in demselben Sinne. Auch der preussische Staat habe solche Zuschüsse den Beamten gewährt. Er bittet dringend, die Sache nicht zu verschleppen. Stadtv. Dr. Wente ist gegen den Zuschuß, weil sich durch denselben die Verfallung schon jetzt für eine Erhöhung der Löhne festlegen würde. Das möchte er verhindern. Außerdem könnten die nichtständigen Arbeiter, nachdem sie den Zuschuß erhalten haben, aus dem städtischen Dienst austreten; dann hätte die Stadt den Schaden. Stadtv. Koch fragt, welchen Zweck die Herren denn mit der Verweisung der Lohnerhöhung an eine besondere Kommission hätten, wenn sie, wie Herr Dr. Wente, noch gar nicht zu einer Lohnerhöhung für die unteren Beamten und Arbeiter bereit sind? Er und seine Freunde sind dazu bereit, und deshalb treten sie auch für den Zuschuß ein. Ganz unredlich sei es, daß Herr Dr. Wente die unständigen Arbeiter als solche Betrüger hinstelle, die nur darauf warten, um den Zuschuß zu erhalten und dann aus dem Dienste der Stadt zu treten. In einer solchen Herabwürdigung der Arbeiter habe Herr Dr. Wente auch nicht den geringsten Grund. Aber ganz abgesehen hiervon werde es sich ein Arbeiter wohl überlegen, ob er seine Stelle bei der Stadt aufgeben soll. Stadtv. Justizrat Uth tritt in seinem Schlusswort für Ablehnung des Zuschusses ein. Die Verhältnisse seien nicht so schlimm. Mein Beamter oder Arbeiter wolle mehr Lohn haben. Die Arbeiter hätten erst vor 1 1/2 Jahren eine reichliche Lohnzulage erhalten. Verhörung sei noch kein Arbeiter. Die Anträge auf Gewährung eines Zuschusses wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Herren Holm und Wolf abgelehnt, die andern Anträge auf Ersetzung einer Kommission behufs Erhöhung der Gehälter und Löhne, namentlich der unteren Beamten und Arbeiter, mit unwirkender Kraft angenommen.

Seidenheim. In ihrer geistigen Sitzung haben die bürgerlichen Kollegen beschlossen, in Anbetracht der Verteuerung des Lebensunterhaltes allen städtischen Unterbeamten und städtischen Arbeitern, welche ein Jahreseinkommen von weniger als 1500 Mk. beziehen, mit Wirkung vom 1. November ab eine tägliche Zulage von 20 Pf. zu gewähren.

Leipzig. Eine lebhafte Debatte entspann sich über zwei Anträge auf Teuerungszulagen für die Angestellten der Stadt im Stadtverordnetenkollegium. Obwohl viele der Redner entschieden für eine scharfe Verhandlung eintraten, setzte doch die knappe Mehrheit eine Art Verschleppungspolitik durch, indem man die Anträge an die Ausschüsse verwies. Der Ueberbürgermeister suchte eine gewisse Heberentimung mit der Minderheit zu beweisen, indem der Rat eine Vorlage auf Aufbesserung der Löhne und Gehälter der Angestellten bis zu 2000 Mk. in nahe Aussicht stellte.

Mülheim. Die Stadtverordnetenversammlung nahm in öffentlicher Sitzung nach mehrstündiger Debatte über die Hebersteuerung einstimmig folgende Anträge des Stadtverordneten Alkotte an: 1. die Regierung zu eruchen, die geeigneten Maßnahmen zur Vinderung der durch die Hebersteuerung und der damit in Verbindung stehenden allgemeinen Preissteigerung der Lebensmittel hervorgerufenen Not mit Beschleunigung zu treffen; 2. in der Teuerung Angelegenheit ein gemeinsames Vorgehen mit den wirtschaftlichen Gruppen des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes anzubahnen. Der weitere Antrag, die Bildung einer sieben-gliedrigen Kommission vorzunehmen, die sich besonders mit der Angelegenheit befassen solle, wurde mit 25 gegen 20 Stimmen abgelehnt und ein Antrag, die Löhne der Arbeiter in städtischen Betrieben zu erhöhen und den vorbereiteten städtischen und Lehrern im Gehaltsfeste bis zu 2000 Mk. eine Teuerungszulage zu gewähren, deren Abtufung nicht so sehr nach dem Range der Beamten, sondern mehr nach der Zahl der Familienangehörigen zu erfolgen habe, der Finanzkommission als Material überwiesen. Es ist eine Neuregelung der Arbeitslöhne und Beamtengehälter geplant.

Mülheim a. d. Ruhr. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag, die Löhne der Arbeiter in städtischen Betrieben sofort um 10 Proz. zu erhöhen und den vorbereiteten städtischen Beamten und Lehrern mit einem Gehaltsfeste bis zu 2000 Mk. eine Teuerungszulage zu gewähren, mit allen gegen 1 Stimmen abgelehnt, jedoch soll eine Gehaltsaufbesserung der städtischen Beamten bei der nächstjährigen Etatsaufstellung in Auge behalten werden.

Hemscheid. In einer höchst lebhaften Debatte kam es in der letzten Stadtverordnetenversammlung infolge eines Antrages des sozialdemokratischen Stadtverordneten Gebr., den städtischen Arbeitern eine 10prozente Teuerungszulage zu gewähren. Nach ausführ-

licher sachlicher Begründung seitens des Antragstellers ließ sich der Herr Ueberbürgermeister Hollau folgendermaßen vernehmen: „Wenn Gebr. glaubt, den Anschein erwecken zu müssen, als wenn er nur die Interessen der Arbeiter verrete, so muß ich doch darauf hinweisen, daß die Verwaltung die Interessen der Arbeiter ebenso gut vertritt. Es sind schon in letzter Zeit Zulagen gemacht worden, zum Beispiel unsere Löhne in städtischen Gas- und Wasserwert sehr gut. Es erhalten Vorarbeiter 180 Mk., Metzger 5 Mk., Maurer 130 Mk., sonstige Arbeiter, Laternenanzünder 3,75 Mk. Ueber die Löhne im städtischen Bauamt wird Ihnen Stadtbaurat Hertwig berichten, auch dort hat im Laufe des Sommers eine Erhöhung Platz gegriffen. Dann geht es nicht an, eine 10prozente Lohnerhöhung zu gewähren, da kein Gas- und Wasserwert sich der Etat um 12000 Mark höher stellen würde. Ebenso würden wir auch nicht umhin können, dieses auf die städtischen Beamten, die ein Gehalt von weniger als 2000 Mk. beziehen, auszudehnen. Ich bitte daher, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.“ Trotz dieser verkündeten Abwägung des Antrages durch die „höchste Stelle“ und trotz der daran geknüpften Sozialisten-debatte war die Stadtverordnetenmehrheit einstimig genug, den Antrag einer Kommission zur bestmöglichen Erlebung zu überweisen. In die Hemscheider Kollegen aber ist es, sich über die „sehr guten“ Löhne einmal in der Öffentlichkeit auszusprechen!

Neutlingen. Einem Gesuch der städtischen Beamten um Erhöhung der Sätze ihres Gehaltsstatuts entsprechend, haben die bürgerlichen Kollegen beschlossen, auf 1. April 1907 die Gehaltsverhältnisse dieser Beamten neu zu regeln und die Sätze allgemein in Anbetracht der zunehmenden Teuerung der Lebensbedürfnisse um 100 Mk. zu erhöhen. Zu gleichem Zeitpunkt tritt auch die Gehaltsregulierung der städtischen Unterbeamten in Kraft, was für den Einzelnen außerordentliche Gehaltszulagen von 50 und 100 Mk. bedeutet. Durch die Erhöhung der Beamtengehälter erwächst der Stadt ein jährlicher Mehraufwand von etwa 8000 Mk. -- Und die städtischen Arbeiter Neutlingens?

Ulm. Die Stadtverwaltung hat den städtischen Beamten und Bediensteten bei Gehältern bis zu 2000 Mk. eine Teuerungszulage von 8 Proz., bei Gehältern von 2010 bis 4000 Mk. von 7 Proz., und über 4000 Mk. von 5 Proz. gewährt. Die Zulage soll ständig sowie pensionsberechtigt sein und vom 1. Oktober d. J. an beginnen.

Willingen. Der Gemeinderat beschloß, mit Rücksicht auf die derzeitigen teuren Lebensverhältnisse ausnahmsweise den städtischen Arbeitern für den kommenden Winter den höheren Lohn des Sommers zu bezahlen.

Aus unserer Bewegung.

Freiburg. Am 1. d. M. hielt der Gemeindefarbeiter-Verband eine öffentliche Versammlung ab, in welcher die Aufgaben des Arbeiterausschusses behandelt wurden. Das Referat hatte Kollege Leonhard übernommen. Derselbe erledigte die ihm gestellte Aufgabe mit Geschick, was der allgemeine Beifall am Schluß seiner Rede besiegelte. Redner führte u. a. aus, daß eigentlich der Arbeiterausschuß machtlos sei, wenn ihm nicht eine straffe Organisation im Hintergrunde stehen würde. Auf seine Ausführungen folgte dann eine sehr lebhafte Diskussion. Es wurde sodann folgende Resolution gefaßt: „Die heutige öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter beauftragt den Arbeiterausschuß, bei dem verehrlichen Stadtrat vorstellig zu werden, daß in nächster Zeit eine Einberufung des Arbeiterausschusses stattfinden soll.“ -- Alsdann erledigte man den weiteren Teil der Tagesordnung. Wir haben die Heberzeugung, daß der Arbeiterausschuß seine Pflicht erfüllt, sodas er uns wirklich zum Segen gereicht. Mögen aber auch die städtischen Arbeiter, welche heute noch unserem Verbande fernstehen, erkennen, daß sie nur durch die Organisation zu ihrem Ziele kommen können.

Danau. Die Generalversammlung der Filiale Danau fand am 3. November statt. Den Mähenbericht erstattete Kollege Taude rich. Die Einnahmen ergaben 174,11 Mk., die Ausgaben 25,50 Mk., an den Verbandsvorstand wurden abgeschickt 86,26 Mk., bleibt ein Bestand von 62,55 Mk. Auf Antrag der Redner wurde einstimmig Techarge erteilt. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl eines 2. Vorsitzenden. Gewählt wurde einstimmig Kollege Kran. Unter Vorsitzendem wurde vom Vorstand bekannt gegeben, daß die Kollegen Wolf und Schär aus unserem Verbände ausgeschieden und zum Reichsverein übergetreten sind. Es wurde ein Antrag gestellt, die Angelegenheit Schär und Wolf dem Vorstand zu überlassen, damit er sich mit dem Vorstand des Reichsvereins und Bezirksverbandes in Verbindung setzt, um die Angelegenheit zu regeln. Hierauf wurde die Versammlung um 12 1/2 Uhr geschlossen.

Mannheim. Am Samstag, den 3. November, fand in der „Zentralhalle“ eine hart bedauerte öffentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Lage der städtischen Arbeiter und ihre Forderungen an den Stadtrat.“ Das Referat hatte Genosse Rechtsanwalt Dr. Kraut übernommen. Redner führte den Anwesenden vor Augen, daß man bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen für mehr Geld weniger Ware bekommt als in früheren Jahren. Alles steigt im Preise, nur die Arbeitkraft nicht. Dem

Arbeiter bleibt deshalb nichts übrig, als sich durch Zusammenkunft in einer starken Organisation bessere Lebenshaltung zu erringen, wenn er nicht sterben oder hungern will. Medner kam dann auf die Verteuerung der Lebensmittel durch Grenzsperrn und Zölle zu sprechen und bemerkte, daß vor allen Dingen die Stadtverwaltungen die Pflicht haben, ihre Arbeiter richtig zu bezahlen, indem sie durch die Petitionen an die Regierung um Eröffnung der Grenzen zu erkennen geben, daß tatsächlich ein Notstand vor handen ist. Die aufgestellten Forderungen bezeichnete Medner als sehr bescheiden, indem heute die Privatbetriebe zum Beispiel an gelehrte Arbeiter bedeutend höhere Löhne zahlen als wie die von der Stadt geforderten. Medner besprach dann die aufgestellten Forderungen im einzelnen und in der Ansicht, daß vor allen Dingen die Forderung der Manalarbeiter, in Klasse A versetzt zu werden, erfüllt werden muß. Denn gerade diese Kategorie habe die ekel hafteste und gesundheitschädlichste Arbeit zu verrichten. Auch die Forderung einer Zulage an solche Arbeiter, welche vorwiegend Nachts beschäftigt werden, entspreche nur der Billigkeit, da von den Ärzten anerkannt wird, daß dauernde Nacharbeit schädlich wirkt. Ebenso sei die Forderung der Theaterarbeiter nach besserer Bezahlung voll und ganz berechtigt. Wenn man jährlich Hunderttausende Geldes an das Theater zahlt, kann man auch verlangen, daß die Arbeiter an diesem Institut richtig bezahlt werden. Dasselbe gilt von den im Allgemeinen Krankenhaus beschäftigten Frauen. Als Hauptforderung bezeichnete Medner die Verkürzung der Arbeitszeit. Jede Lohnerhöhung verliert an Wert, wenn keine ansehnliche Arbeitszeit vorhanden ist. Aber der Verkürzung der Familienverhältnisse hat eine lange Arbeitszeit noch die Folge, daß die Arbeiter stumpf und abgepannt werden und nicht imstande sind, für Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten. Dies alles kann aber nur durch eine starke Organisation erreicht werden und es ist Pflicht und Sündigkeit eines jeden, sich dem Verband anzuschließen und diejenigen, welche zu faul und gedankenlos sind, aufzufahren, damit sie sich ebenfalls anschließen. Denn bei den meisten Indifferenten fehlt es bloß an Aufklärung, damit sie sehen, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde sind. Als Beispiel dafür, daß es vielfach an Aufklärung fehlt, brachte Medner einen Zettel zur Kenntnis der Versammlung, auf welchem sich ein Kollege entschuldigt, daß er die heutige Versammlung nicht besuchen kann, indem er in eine Versammlung des Militärvereins müsse. Gerade diese Kurapatzen sind schuld an der jetzigen Forderung und deshalb müssen solche Arbeiter, welche derartigen Vereinen nach den Vorzug geben, aufgefahrt werden, damit sie wissen, wozu sie gehören. — Der reiche Vortrag, mit welchem die Versammelten dem Referenten für seinen Vortrag dankten, bewies, daß alle mit seinen Ausführungen einverstanden waren. — In der Diskussion sprach Kollege Hedemann darüber, warum man keine Feuerzuzulage verlangt habe. Ebenso habe man keine Statutenänderung, sondern nur Lohnerhöhung gefordert, damit man das Geforderte auch unter allen Umständen durchsetzen könne. Deshalb solle jeder Arbeiter dem Verband beitreten, um sein Interesse wahren zu können. Nachdem sich noch verschiedene Kollegen an der Diskussion beteiligt hatten, forderte der Referent in seinem Schlußwort nochmals zu eifriger Agitation und festem Zusammenhalten auf, damit man für alle Fälle gerüstet sei, wenn im Falle die Stadtverwaltung den gestellten Forderungen nicht gerecht werden sollte, man zu dem äußersten Mittel greifen müsse. Folgende Resolution fand hierauf einstimmige Annahme: „Die heute in der „Zentralhalle“ tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter Mannheims erklärt sich mit dem Ver bände der Gemeindefreier und dem Allgemeinen Deutschen Gewerksverein aufgestellten Forderungen einverstanden und ver sprechen alle Anwesenden, mit aller Energie dafür einzutreten, daß diese Forderungen seitens der Stadtverwaltung in ihrem vollen Umfange Berücksichtigung finden. Als vornehmstes Mittel zur Durchführung ihrer Forderungen betrachten die Anwesenden die Organisation und es verpflichten sich die Versammelten, dafür einzutreten, daß auch der letzte städtische Arbeiter der Organisation beigehört wird.“

München. In einer überaus stark besuchten öffentlichen Ver sammlung referierte am Sonntag vormittag im Molliseum Haupt vorstehender Kollege Alvin Kobs Berlin über die Pflichten der Stadtverwaltungen gegenüber ihren Arbeitern. Medner erinnerte daran, daß die Stadtverwaltungen in neuester Zeit bereits im großen Betrieb in eigener Regie ausführen zu lassen. Selbst verständlich sei es zu begrüßen, wenn die Stadtverwaltungen be trachtet und, dadurch den Steuerfußel zu entlasten, doch dürfe dies nicht derart geschehen, daß Lebensläufe auf Kosten der Arbeiter herausgeschlagen werden. Es gebe eine Reihe von Städten, die Wasser, Licht, Straßenbau, Straßenreinigung im allgemeinen Änterene bewirtschaften lassen, in vielen Fällen könne man aber nicht sagen, daß städtische Betriebe rentierbetriebe sind. Zunächst hätten die Städte die Pflicht, darauf zu sehen, daß Not und Elend von den Arbeitern ferngehalten werden. Weiter habe eine Reihe von Städten Arbeitslosenkassen für den Winter geschlossen. Das scheint in München nicht der Fall zu sein; da wurden 68 Mann entlassen. Und des neune man Arbeiterverlosung. Es sei man so, wie man es im Regime hinzustellen wolle, daß die Leute

wegen Arbeitsmangel entlassen wurden, sondern deshalb, weil die junge, vorwärtsstrebende Organisation in Thalham ungenug wurde. Daher wurde auch das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht respektiert. Wenn die Stadtverwaltungen Arbeiten in eigener Regie herstellen lassen, so sollten sie in bezug auf Behandlung und Entlohnung der Arbeiter den Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorangehen. In erster Linie müsse das Koalitionsrecht der Arbeiter gewahrt werden, nicht wie in Thalham; es soll aber auch noch andere Behörden in München geben, wo die unteren Beamten das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht achten. Dann müsse auch den Arbeitern ein entsprechender Lohn bezahlt werden, damit sie nicht nötig haben, ihre Frauen und Kinder zum Unterhalt der Familie beiziehen zu müssen. In bezug auf die Arbeitszeit haben die Stadtverwaltungen die Pflicht, bahnbrechend vor zugehen. Wie lange habe es in München gedauert, bis wenigstens in den Gasanstalten der Achtstundentag zur Einführung kam? Die Arbeiter haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch die Organi sation die Arbeitszeit immer mehr vergrößert wird. Für die städtischen Arbeiter müsse ein Arbeitsnachweis geschaffen werden, damit es nicht vorkommen kann, daß in der einen Sparte Leute wegen Arbeitsmangel entlassen, in einer anderen Sparte aber Leute neu eingestellt werden. In seinen weiteren Ausführungen verlangte Medner Gewährung von Sommerurlaub, freie Beurlaubung der Arbeiterausschüsse usw. Auch die Alters- Versorgungsanstalt bedarf einer gründlichen Reform, da die Arbeiter ihre Ansprüche erst durch Beiträge von 3 1/2—4 Proz. ihres Lohnes erkaufen müssen. Dabei betragen die Einnahmen jährlich ziska 700000 Mark, während dem nur 140000 Mark Ausgaben gegenüberstehen. Zum Schluß forderte der Referent auf, Leute zu wählen, die in erster Linie die Interessen der Arbeiter vertreten; notwendig sei, die Arbeiterpresse zu unterstützen, die allein sich die energische Wahrung der Arbeiterinteressen zur Aufgabe gemacht hat, und dafür zu sorgen, daß die Organisation fortgesetzt gekräftigt wird und neue Mitglieder gewonnen werden. Hierauf wurde die nach folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute sehr stark besuchte öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter Münchens erklärt sich mit dem Referenten Kobs einverstanden und verpflichtet sich dafür zu sorgen, daß die städtische Verwaltung an ihre sozialen Pflichten gegenüber ihren Arbeitern immer mehr und mehr er innert wird. Vor allem versprechen die Anwesenden, ihre Organi sation, den Gemeinde-Arbeiter-Verband, nach Kräften auszubauen und zu stärken, sowie dafür einzutreten, daß bei allen Wahlen zum Stadtparlament nur Arbeitervertreter gewählt werden, damit die Lage der städtischen Arbeiter Münchens bald ihren Wünschen entspricht.“ Weiter den 2. Punkt: „Die Arbeiterentlassungen in Thalham“ haben wir bereits an anderer Stelle berichtet.

Wiesbaden. Am 2. November fand eine gut besuchte Mit gliederversammlung statt. Zunächst wurde die Quartalsabrechnung durch Kollegen J. Weber bekannt gegeben. Die Einnahmen be trugen 1246,75 Mk., die Ausgaben für den Hauptvorstand 329,01 Mk., für die Lokalverwaltung 267,61 Mk., bleibt ein Vorkassensaldo von 650,13 Mk., welcher zinsbringend angelegt ist. Dem Kassierer wurde auf Antrag Decharge erteilt. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 255, ein Zeichen, daß noch immer unermüdet agitiert werden muß. Den Bericht der letzten Monatsversammlung erstattete Kol lege Fuchs. Medner berichtete über den Zusammenstoß des Einzelhandels- und Transportarbeiterverbandes mit dem Hafen- und Gabelstaplerverband, welches für die heutigen wirtschaftlichen Kämpfe von großer Bedeutung sei. Auch eine Bildungsschule sei geplant gewesen, es soll aber vorläufig davon Abstand genommen werden wegen der hohen Unkosten. Es ist aber ein Zufluss von Beiträgen vorgegeben. Ferner soll eine Zentralbibliothek errichtet werden, sobald unser neues Heim eröffnet sein wird. Zur Ver treterwahl der Krankenkasse, welche am 16. und 18. November stattfindet, nahm Medner besonders Veranlassung, auf die Wichtig keit der Wahl aufmerksam zu machen. Er ermahnte die Kol legen, recht kräftig in die Agitation mit einzugreifen, damit wir den Sieg an unsere Fahne heften können. Gerade die Gemeindefreier haben die Entscheidung in der Hand, da sie die meisten maßgebenden Mitglieder stellen. Weiter eine Anregung des Präsi denten, Erhebung eines Vorkassensaldos, wurde heftig debattiert. Kollege Schäfer legte den Kollegen die Frage auseinander und meinte, der Vorkassensaldo solle wöchentlich 10 Pf. betragen, wofür keine Kollegen nach halbjähriger Karenzzeit 3 oder 4 Mk. wöchentliche Unterstützung bekommen könnten. Es solle aber sehr noch nicht beschlossen werden, sondern die Kollegen sollen sich die Frage genau überlegen und im geeigneten Zeitpunkt der Sache näher treten. Kollege Hedemann Mannheim nahm die Gelegenheit wahr, über die Unternehmenseinrichtungen unseres Verbandes ein längeres Referat zu halten. Weiter Bericht über die Lohnzulage entfiel. Dann wurde eine lange Diskussion über die Lohnzulage entfiel. Es sollen am Straßenbau die Zulagen sehr verschieden gegeben worden sein. Ein Teil der Arbeiter soll 20 Pf. und sogar 5 Pf. erhalten haben, in manchen Roberts soll gar keine Zulage gegeben worden sein. Auf den Anlagen sollen die Arbeiter, welche eine 12wöchige Arbeitszeit haben, überhaupt keine Zulage erhalten haben. Leute sollen dort beschäftigt sein, welche noch 3 Mk. und 1,20 Mk. Lohn haben. Wenn man bedenkt, was die Arbeiter dort

bei teilweisartigem Gehalt alles zu erdulden haben, kann man diese Zustände als unerhört bezeichnen. Die Arbeitslosenschein werden nicht nur mit allen diesen Kräfte beschäftigt und eine Räumung beantragen, um Abhilfe zu schaffen. Auch der Sozialist, wenn er in hiesigen Vertrieben beschäftigt sind, haben sich über die nicht gezahlte Lohnzahlung, Mögliche Schritte ergriffen die betreffenden, sich zu organisieren und so zu handeln, wie es der Besammlung geschah hatte.

Rundschau.

Generationsfragen. Wie die Kollegen unter der Mäbrer „Aus den Stadtparlamenten“ ersehen, sind die größten Teile durch unsere Organisation gemachten Schritte bezüglich der Verbesserung der Löhne nicht ohne Erfolg geblieben. Jedoch an demselben muß die organisierten Kollegen aller Teile ihre Forderungen aufrecht erhalten, oder wo solches noch nicht vorhanden ist, unverzüglich Forderungen stellen. Den Monarchisten und Eigenbrötlern aber muß wieder einmal gehörig zu Gemute gebracht werden, daß sie sich an den gedeckten Tisch setzen, den andere für sie bereitet haben! Haben wir die materiellen Erfolge zur regen Agitation, dann werden wir stufenweise weiter schreiten in schnellerem Tempo noch, als bisher. An die Arbeit!

Ein hartes Stück! Im Glauchauer Stadtverordnetenkollegium beantragte der einzige sozialdemokratische Vertreter, Genosse Wille, die Erhöhung der Löhne für die hiesigen Arbeiter. In der Begründung seines Antrages hatte er die traurigen Lohnverhältnisse der hiesigen Arbeiter kritisch beleuchtet. Das war den bürgerlichen Vertretern etwas Neues. Darin hatten sie in all ihrem Eifer um das Wohl der Stadt resp. ihrer Bewohner wirklich noch nicht gedacht. Der Rat mußte auf Mäßigung schließen. Und sie fiel auch danach aus. Es erhalten Stundenlöhne von 16 Pf. 3 Mann, 17 Pf. 1 Mann, 18 Pf. 1 Mann, 20 Pf. 2 Mann, 21 Pf. 2 Mann, 22 Pf. 10 Mann, 24 Pf. 3 Mann, 24 Pf. 15 Mann. Vorarbeiter, Handwerker, Schloßer, Metzger, Fleischhauer usw. erhalten einige Pfennige mehr bis zu einem Meistler, der 42 Pf. erhält. Der Rat hatte beschloßen, den sozialdemokratischen Antrag auf sich beruhen zu lassen und dies damit begründet, daß sich unter den schlecht bezahlten Arbeitern vier Dutzende Männer befinden. Die anderen seien zum Teil Arbeitslose, Sanfter, Gelegenheitslöhner usw., auch Schwachsinnige. Auch unter den etwas besser bezahlten Leuten soll noch eine Anzahl minderwertig sein. Müssen der Arbeiter über die geringen Löhne klagen auch noch nicht eingearbeitet sein! Diesem Entschluß schloßen sich die vorerwähnten an. Durch den Meistler empfahlen die vorerwähnten die Ablehnung des Antrages. Der Stadtverordnete hatte folgende die Ablehnung mit den Worten: „Wenn die Arbeiter mehr Lohn erhalten, dann verkaufen sie mehr!“ Es wurde auch vom Rat darauf verwiesen, daß einige Arbeiter, wenn sie nicht beschäftigt würden, Armenunterstützung erhalten müßten. Man spart also die Armenunterstützung und hat außerdem noch billige Arbeitskräfte. — Bei solchen Zuständen mag man obendrein derartige Beschimpfungen. Ein Teufel!

Miesenprofite. Lohnverhöhungen sind unmöglich, die Kohlenpreise müssen erhöht werden. Beweise dafür ergeben die Kohlenbelegnisse der Kohlengesellschaften. Darunter Leeds, nämlich Saxton, Sibernia, Königin Wilhelm, Königshorn, Rulheimer Bergwerkverein und Raffen, erzielten in den drei ersten Quartalen 1906 einen Betriebsüberschuss von rund 34 Millionen Mark, oder gegen die gleiche Zeit des Vorjahres, für welche allerdings der Stroh einen Ausfall erbrachte, ein Plus von 12 1/2 Millionen Mark!

Die Gründung eines Bauunfallversicherungsverbandes sächsischer Städte ist nun endgültig vollzogen. In Dresden versammelten sich zahlreich die Vertreter sächsischer Städte und faßten entsprechend Beschluß. Die handig gesteigerten Beiträge, die die Tischbau-Verufsgenossenschaft erhebt und die seit gewollte Tatsache, daß bei hiesigen Bauten Unfälle seltener vorkommen als bei Privatbauten, hat bereits 120 größere deutsche Städte veranlaßt, aus der Verufsgenossenschaft auszutreten, und sie haben Selbstversicherung nach § 6 des Unfallversicherungsgesetzes eingeführt. In Leipzig und Chemnitz bezieht die Selbstversicherung. Die in Dresden versammelten sächsischen Vertreter genehmigten den von einer Kommission ausgearbeiteten Satzungsentwurf und beschloßen, daß alle Städte, die bis zum 15. November ihren Beitritt erklären, in dem Verband ohne weiteres Aufnahme finden. Freiberg wurde als Vorort gewählt und der dortige Rat zum Vorstand bestellt. Bis jetzt haben 66 sächsische Städte ihren Beitritt erklärt.

Ein internationaler Monarch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auf Anregung der Moskauer Societa Humanitaria hat am 1. und 2. Oktober in Moskau

land der erste Monarch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgefaßt. In den Verhandlungen nahmen gegen 80 Delegierte teil, darunter auch ausländische und nationale Sozialisten. Auf Anregung des russischen Sozialisten Gobun wurde der Monarch nicht lange bei der Frage der Ursachen der Arbeitslosigkeit, sondern ging bald zu dem Thema ihrer Bekämpfung über. Nach längerer Diskussion, die durch das Einwirken der Sozialisten beinahe einen sehr lebhaften Charakter annahm, erregt man sich schließlich auf folgende Tagesordnung, die mit großer Mehrheit angenommen wurde:

1. In Erwägung, daß die Aufgabe des Monarches vor allem darin liegt, die geeigneten Mittel nicht zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit, sondern nur zu ihrer Verminderung zu finden, beschließt der Monarch, sich jeder Meinungsäußerung über die Frage der Ursachen der Arbeitslosigkeit zu enthalten. Der Monarch erklärt, daß sowohl vom moralischen als vom materiellen Standpunkte aus der wichtigste Kampf für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Entwicklung der Arbeiterorganisationen liegt in Bezug auf die Festsetzung des Arbeitstages, des Lohnes, der Arbeitsverträge, der besseren Verteilung der Arbeit im Innern der Gruppen und der Entwicklung aller Formen der Arbeitsgenossenschaft, und daß eine zweite Reihe von Maßnahmen darin besteht, durch wirksame Aktion auf politischem Gebiete das Einwirken des Staates und der lokalen Körperschaften zu provozieren. Der Monarch spricht den Wunsch aus, daß dieses Einwirken in folgender Weise erfolge:

- 1. Durch eine periodische statistische Aufnahme des Standes der Arbeit und der Arbeitslosen in den verschiedenen Industrien.
- 2. Durch Gründung unentgeltlicher öffentlicher Arbeitsnachweise für Arbeiter und Unternehmer in allen neuen Industrien, in denen der Arbeitsnachweis noch nicht direkt von den Montarabenten organisiert ist, und durch Organisierung des internationalen Arbeitsnachweises.
- 3. Durch Einführung der obligatorischen oder fakultativen Versicherung, deren Kosten gemeinsam von Staat, Unternehmern und Arbeitern zu tragen ist.
- 4. Durch Erleichterung des Kredites für die Arbeiter, besonders für die Kollektivkredite von Grund und Boden.
- 5. Durch Unterstützung der Arbeiterklassen zur Bekämpfung von Seiten des Staates, der Provinzen und der Gemeinden.

Die Anzahl der Mitglieder in einigen gewerkschaftlichen Verbänden Petersburgs. Wir bringen einige Daten über die Anzahl der Mitglieder in einigen gewerkschaftlichen Verbänden Petersburgs bis zum Tage ihrer Auflösung, d. h. dem 10. August. Der Verband der Tischarbeiter zählte bereits 1500 Mann, der Gold- und Silberarbeiter 808; der Eisenarbeiter zählte 1000; der Federarbeiter 1200; der Schneider 1900; der Monturarmarbeiter 198; der Pulverarbeiter zählte 500; der Holzarbeiter zählte 1000.

Das Moskauer Zentralbureau der Gewerkschaftlichen Verbände hat beschloßen, in der allerersten Zeit eine Generalkonferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Verbände der Gouvernements Moskau, Wladimir, Iwer, Kaluga, Tula, Smolensk, Mjoiar und Trel einzuberufen. Aufgabe der Konferenz wird sein, die Berichte über die Organisation und die Zustände der örtlichen gewerkschaftlichen Verbände zu prüfen, die Organisationsfragen zu beraten, handige Verbindungen zwischen den Verbänden herzustellen und Gebietsbureaus zu errichten. Zugleich soll die Frage der Einberufung eines Allrussischen Arbeiterkongresses aller gewerkschaftlichen Verbände erörtert werden.

Briefkasten.

Rhenus. Rand an den Seiten lassen und alles ausschreiben, nichts abkürzen gilt auch für Dich, alter Freund! Hoffentlich wirst Du von den Christlichen in nächster Zeit nicht vergessen! Bericht folgt in nächster Nummer. Gruß D. — Zwickau. Magelied ist mir ja verständlich, kann aber nicht gebracht werden, weil nicht agitatorisch! Gruß D. — München. Aber aber, Gedriebenes kann man doch nicht als Trugsache verstanden! Gruß!

Totenliste des Verbandes.

Paul Lühner, Breslau, † 30. Oktober 1906 im Alter von 74 Jahren.	Kaspar Kreh, Fürth i. Bay. † 1. November 1906 im Alter von 67 Jahren.
Friedrich Dornemann, Berlin, † am 8. November 1906 im Alter von 43 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	